

Ausschuss für Bildung und Soziales
Sitzung am 30.01.2006



Drucksache Nr. 004/2006 öffentlich

Gewerbeschule Villingen-Schwenningen Stadtbezirk Villingen - Umbau und Erweiterung der Kfz-Werkstätten

Anlagen: -

Gäste: Herr OStD Weber, Gewerbeschule Villingen-Schwenningen

Sachverhalt:

Bereits im Frühjahr vergangenen Jahres hat die Schulleitung der Verwaltung aufgezeigt, dass mit der Einführung der Lernfelder die Fächerstruktur in der Fachtheorie und –praxis aufgegeben worden ist. In den einzelnen Lernfeldern werden die Themen anhand von Projekten erarbeitet, Theorie und Praxis sind nun viel stärker miteinander verzahnt. Dies setzt einerseits neue Lehr- und Lernmethoden voraus, aber auch Lernumgebungen, die sich lt. Schulleitung mit der vorgegebenen Raumkonzeption und Ausstattung kaum erreichen lassen würden.

Die Verwaltung gelangte zum Ergebnis, dass zunächst der Fachberater des Regierungspräsidiums um eine gutachterliche Aussage gebeten werden sollte.

Der Fachberater Fahrzeugtechnik kam in seiner Stellungnahme vom 18.05.2005 zu folgenden Ergebnissen:

Die derzeitige Schülerzahl von rund 250 Schülern im Fachbereich Kfz-Technik hat zur Folge, dass in der meisten Zeit für fünf Arbeitsgruppen (rund 12 – 16 Schüler je Gruppe) lediglich drei Fachräume mit Hebebühnen zur Verfügung stehen. An einer Hebebühne sollten, um einen sinnvollen Unterricht erteilen zu können, nicht mehr als 4 – 5 Schüler unterrichtet werden. Auch würde die Absaugung für die Versuchsfahrzeuge nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen. Erschwerend komme hinzu, dass an der Schule kein Kfz-Laborraum vorhanden ist, in dem ein lernfeldgerechter Unterricht stattfinden könnte. Desweiteren sei auch die Abstellmöglichkeit für Fahrzeuge auf dem Gelände völlig unzureichend. Um den Anforderungen eines Lernfeldunterrichts gerecht werden zu können, bleibt laut Fachberater nur eine grundlegende Gesamtplanung bzw. Neukonzeption im Bereich der Fachabteilung Fahrzeugtechnik realisierbar. Eine wesentliche Verbesserung der Unterrichtsbedingungen in den jetzigen Räumlichkeiten könne nicht erreicht werden. Ohne eine umfassende Gesamtplanung bzw. Umbau/Erweiterung des bisherigen Werkstattgebäudes sei keine sinnvolle Lösung realisierbar, um den Unterricht nach modernen, sich an den beruflichen Handlungsabläufen orientierenden Unterrichtsmethoden und –formen zu organisieren und zu gestalten.

Die Verwaltung hat aufgrund dieser Aussagen das Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung Schulen und Bildung, um ein Raumprogramm gebeten, um so eine genauere Planung, die auch die Grundlage für eine Kostenschätzung nach DIN 276 bildet, erstellen zu können. Ein vorläufiges Raumprogramm liegt der Verwaltung seit 25.10.2005 mit folgendem Ergebnis vor:

| | Soll lt. RP: | | Ist: |
|--|----------------------------------|----------------------|---|
| 3 Universalwerkstätten ** Fahrzeugtechnik | á 180 – 220 m ² | = | 540 – 560 m ² 376 m ² |
| 1 Kraftfahrzeuglabor | 72 - 90 m ² | | 70 m ² |
| 2 Arbeitsräume für technische Lehrer | á 24 m ² | = | 48 m ² 63 m ² |
| 1 Besprechungsraum | 24 m ² | | -- |
| Unterstellmöglichkeit für 3-4 Pkw | 48 m ² | | 36 m ² |
| 3 Lager | á 24 m ² (Restfläche) | (72 m ²) | 37 m ² |
| | | | <hr/> |
| | | | <u>732 m² - 870 m²</u> <u>582 m²</u> |

**** Anmerkung:**

die jetzigen 3 Werkstätten verfügen nur über 5 Hebebühnen bei einer Raumhöhe von 3,20 m. Gefordert ist eine Mindestraumhöhe von 4,20 m. Um den Unterricht handlungsorientiert durchführen zu können, sind insgesamt 12 Hebebühnen notwendig, was nur aufgrund der vom RP vorgegebenen größeren Nutzfläche möglich ist.

Das Regierungspräsidium sieht sich erst nach entsprechender Überplanung in der Lage ein endgültiges Raumprogramm zu erstellen.

Kosten

Nach Einschaltung eines Architekten hat die Verwaltung in die mittelfristige Finanzplanung zunächst eine Summe von 500.000 € aufgenommen. Eine Kostenschätzung nach DIN 276 ist erst möglich, wenn der Architekt eine Entwurfsplanung erstellt hat. Umbaumaßnahmen und ggf. eine Erweiterung der Werkstätten wären mit rund 30 % bezuschussungsfähig.

Die Baumaßnahme ist nach der Kommunalen Finanzplanung im Jahr 2008 vorgesehen. Die Verwaltung möchte sich jedoch die Möglichkeit, die Maßnahme evtl. vorzuziehen, offen halten. In diesem Fall müsste jedoch der Zuschussantrag bis zum 01.10.2006 dem Regierungspräsidium vorliegen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung schlägt vor, Herrn Architekt Joachim Müller, der schon erste Zahlen ermittelt hat, zu beauftragen, auf der Grundlage des vorläufigen Raumprogramms mehrere Planungsvarianten zu erarbeiten, die in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss vorgestellt werden könnten. Mit dem Architekten wurden die Werkstätten besichtigt, um eine erste überschlägige Kostensumme zu erhalten.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung und Soziales beschließt, Herrn Architekt Joachim Müller, VS-Villingen zu beauftragen, auf der Grundlage des vorläufigen Raumprogramms mehrere bauliche Varianten zu erarbeiten und diese zu gegebener Zeit im Ausschuss vorzustellen.